

L. KLINKENBERG,  
De Minister van Onderwijs  
en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2020-2021

Parlementaire stukken: 121 (2020-2021) Nr. 1 Ontwerp van decreet

121 (2020-2021) Nr. 2 Voorstellen tot wijziging

121 (2020-2021) Nr. 3 Verslag

121 (2020-2021) Nr. 4 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 1 maart 2021 - Nr. 22 Bespreking en aanneming

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/201302]

### 4. MÄRZ 2021 — Erlass der Regierung zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise im Bereich der Kinderbetreuung (IV)

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 12 Absatz 2;

Aufgrund des Erlasses der Regierung Nr. 4 vom 30. April 2020 zur Einführung einer Zuschussgarantie und einer Liquiditätssteigerung für Zuschussempfänger in Ausführung von Artikel 5.1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020, Artikel 1 § 4;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. Dezember 2020 zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise im Bereich der Kinderbetreuung (III);

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 23. Februar 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 26. Februar 2021;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die aktuelle Entwicklung der Corona-Pandemie und die der stark erhöhten Anzahl von Kindern und Familien, die sich in einer angeordneten Quarantäne befinden, sowie die finanziellen Folgen der von der Föderalbehörde beschlossenen Dringlichkeitsmaßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19), die zu einem deutlichen Rückgang der Anwesenheit der Kinder führen, zur Folge haben, dass den Betreuungsstrukturen Einnahmen aus den Kostenbeteiligungen entgehen oder weniger Zuschüsse erbracht werden, was erhebliche Auswirkungen auf den finanziell abgesicherten Fortbestand der Kinderbetreuungsstrukturen und der selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter haben kann, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des für die Kinderbetreuung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

#### Kapitel 1 — Allgemeine Bestimmungen

**Artikel 1** - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Corona-Maßnahmen: die durch die Föderalbehörde beschlossenen Dringlichkeitsmaßnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) einzudämmen;
2. Fachbereich: der für Familie zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Minister: der für die Kinderbetreuung zuständige Minister.

#### Kapitel 2 — Einkommensausfallentschädigung

**Art. 2** - § 1 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung erhalten die gemäß demselben Erlass anerkannten Tagesmütterdienste eine Einkommensausfallentschädigung, die für die dem Dienst angeschlossenen konventionierten Tagesmütter/-väter bestimmt ist.

Die Einkommensausfallentschädigung beträgt für jede(n) konventionierte(n) Tagesmutter/-vater höchstens 17,50 Euro pro Tag pro Kind pro Tag der Abwesenheit an einem reservierten Betreuungstag von mindestens fünf Stunden. Die Tagesmütter/-väter erhalten:

- 60 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als fünf Stunden und mindestens drei Stunden;
- 40 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als drei Stunden.

Die in Absatz 2 festgelegte Einkommensausfallentschädigung wird den konventionierten Tagesmüttern/-vätern nicht gezahlt, wenn sie ihre Tätigkeit freiwillig oder aufgrund einer ärztlichen Krankschreibung einstellen, ausgenommen der Periode einer verordneten Quarantäne.

§ 2 - Zum Erhalt der in § 1 festgelegten Entschädigung halten die Tagesmütterdienste alle Tagesmütter/-väter in Bereitschaft und beanspruchen kein System, bei dem sie die Tagesmütter/-väter während des Zeitraums, in dem die Corona-Maßnahmen gelten, vorübergehend nicht entschädigen müssen.

Diese Bedingung gilt nicht, wenn der Tagesmütterdienst nachweisen kann, dass die Kinderbetreuung bei der/dem konventionierten Tagesmutter/-vater aufgrund höherer Gewalt nicht fortgesetzt werden kann.

§ 3 - Mit dem Antrag auf Erhalt der in § 1 erwähnten Einkommensausfallentschädigung stellt der Tagesmütterdienst den Erziehungsberechtigten die vertraglich vereinbarte Kostenbeteiligung für die entsprechende Periode nicht in Rechnung. Wurde die Kostenbeteiligung dennoch durch die Erziehungsberechtigten gezahlt, erstattet der Tagesmütterdienst den Erziehungsberechtigten den gezahlten Betrag zurück.

**Art. 3 - § 1 -** Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter erhalten die gemäß demselben Erlass anerkannten selbstständigen Tagesmütter/-väter, die keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, eine Einkommensausfallentschädigung in Höhe von höchstens 19 Euro pro Tag pro Kind pro Tag der Abwesenheit an einem reservierten Betreuungstag von mindestens fünf Stunden. Die Tagesmütter/-väter erhalten:

- 60 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als fünf Stunden und mindestens drei Stunden;
- 40 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als drei Stunden.

Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen desselben Erlasses erhalten die gemäß demselben Erlass anerkannten selbstständigen Tagesmütter/-väter, die diese Tätigkeit hauptberuflich ausüben und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, eine Einkommensausfallentschädigung in Höhe von 80 % der vertraglich festgelegten Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten pro Tag pro Kind pro Tag der Abwesenheit an einem reservierten Betreuungstag.

§ 2 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen desselben Erlasses erhalten die gemäß demselben Erlass anerkannten selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter, die keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, eine Einkommensausfallentschädigung in Höhe von höchstens 19 Euro pro Tag pro Kind pro Tag der Abwesenheit an einem reservierten Betreuungstag von mindestens fünf Stunden. Die Co-Tagesmütter/-väter erhalten:

- 60 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als fünf Stunden und mindestens drei Stunden;
- 40 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als drei Stunden.

Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen desselben Erlasses erhalten die gemäß demselben Erlass anerkannten selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter, die diese Tätigkeit hauptberuflich ausüben und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, eine Einkommensausfallentschädigung in Höhe von 90 % der vertraglich festgelegten Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten pro Tag pro Kind pro Tag der Abwesenheit an einem reservierten Betreuungstag.

§ 3 - Die in §§ 1 und 2 festgelegte Einkommensausfallentschädigung wird den selbstständigen (Co-)Tagesmüttern/-väter nicht gezahlt, wenn sie ihre Tätigkeit freiwillig oder aufgrund einer ärztlichen Krankschreibung einstellen, ausgenommen der Periode einer verordneten Quarantäne.

§ 4 - Zum Erhalt der in §§ 1 und 2 festgelegten Entschädigung halten die selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter ihre Dienstleistung aufrecht und beanspruchen kein System, bei dem sie ihre Dienstleistung einstellen müssen.

Diese Bedingung gilt nicht, wenn die/der selbstständige (Co-)Tagesmutter/-vater nachweisen kann, dass die Kinderbetreuung aufgrund höherer Gewalt nicht fortgesetzt werden kann.

§ 5 - Mit dem Antrag auf Erhalt der in § 1 und 2 erwähnten Einkommensausfallentschädigung stellen die selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter den Erziehungsberechtigten die vertraglich vereinbarte Kostenbeteiligung für die entsprechende Periode nicht in Rechnung. Wurde die Kostenbeteiligung dennoch durch die Erziehungsberechtigten gezahlt, erstattet die/der selbstständige (Co-)Tagesmutter/-vater den Erziehungsberechtigten den gezahlten Betrag zurück.

**Art. 4 - § 1 -** Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen einer aufgrund von Artikel 202 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung genehmigten Konvention erhalten die im Rahmen einer solchen Konvention anerkannten Tagesmütterhäuser eine Entschädigung, die dem durch die Abwesenheit der Kinder an den reservierten Betreuungstagen bedingten tatsächlichen Einkommensausfall entspricht. Der Einkommensausfall wird berechnet auf Grundlage der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten, die das Tagesmütterhaus zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses vorsieht.

Die in Absatz 1 festgelegte Entschädigung wird dem Tagesmütterhaus nicht gezahlt, wenn der Träger seine Tätigkeit freiwillig einstellt, ausgenommen der Periode einer verordneten Quarantäne beziehungsweise Schließung.

§ 2 - Zum Erhalt der in § 1 festgelegten Entschädigung halten die Tagesmütterhäuser ihre Dienstleistung aufrecht und beanspruchen kein System, bei dem sie ihre Dienstleistung einstellen müssen.

Diese Bedingung gilt nicht, wenn der Träger nachweisen kann, dass die Kinderbetreuung aufgrund höherer Gewalt nicht fortgesetzt werden kann.

§ 3 - Mit dem Antrag auf Erhalt der in § 1 erwähnten Einkommensausfallentschädigung stellen die Tagesmütterhäuser den Erziehungsberechtigten die vertraglich vereinbarte Kostenbeteiligung für die entsprechende Periode nicht in Rechnung. Wurde die Kostenbeteiligung dennoch durch die Erziehungsberechtigten gezahlt, erstattet der Träger den Erziehungsberechtigten den gezahlten Betrag zurück.

**Art. 5 -** Der Antrag für die in den Artikeln 2 bis 4 festgelegten Einkommensausfallentschädigungen wird spätestens sechs Monate nach Beendigung der Corona-Maßnahmen mit folgenden Angaben bei dem Fachbereich eingereicht:

1. die Identität und Kontonummer des Antragstellers;
2. die Anzahl und Dauer der Abwesenheitstage;
3. die vertraglich festgelegte Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten für den Erhalt der in Artikel 3 § 1 Absatz 2 und § 2 Absatz 2 vorgesehenen Entschädigung;
4. die Höhe der durch die Anzahl abwesender Kinder entstandenen Mindereinnahmen für den Erhalt der in Artikel 4 § 1 Absatz 1 vorgesehenen Entschädigung.

Der Minister entscheidet über den Antrag auf Grundlage einer Stellungnahme des Fachbereichs.

### Kapitel 3 — *Verschiedene Maßnahmen*

**Art. 6 -** Ungeachtet der Artikel 62, 88, 92, 110 und 115 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung setzen die Dienste der Kinderbetreuung die Kinderbetreuer sowie das sozial-pädagogische Fachpersonal entsprechend dem tatsächlichen Betreuungsbedarf ein.

Zur Unterstützung des Betreuungspersonals in den Kinderkrippen, in den Standorten der außerschulischen Betreuung sowie in der Ferienbetreuung können die anerkannten Zentren für Kinderbetreuung Studenten im Rahmen eines Studentenvertrages unter Aufsicht des ausgebildeten Betreuungspersonals einstellen.

**Art. 7** - Die in den Artikeln 64, 89 und 111 desselben Erlasses erwähnten Mindestvorgaben zu den Öffnungszeiten und Arbeitstagen pro Kalenderjahr finden für die anerkannten Dienstleister der Kinderbetreuung keine Anwendung.

**Art. 8** - Für die Anwendung des Artikels 71 desselben Erlasses werden die aufgrund einer angeordneten Quarantäne abwesenden Kinder für die Berechnung der Mindestvorgabe der Betreuungstage für Kleinkinder sowie für die Berechnung der Mindestauslastung als anwesende Kinder berücksichtigt.

Für die Anwendung der Artikel 72 bis 74, 91 bis 93 und 116.1 desselben Erlasses werden die aufgrund einer angeordneten Quarantäne abwesenden Kinder, für die Berechnung der Betreuungstage gemäß dem im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsplan als anwesende Kinder berücksichtigt.

Für die Anwendung der Artikel 114 § 1 Nummer 2, 155 Absatz 4 sowie 193 desselben Erlasses werden die aufgrund einer angeordneten Quarantäne abwesenden Kinder für die Berechnung der durchschnittlichen Mindestanwesenheit als anwesende Kinder berücksichtigt.

**Art. 9** - Die anerkannten Zentren für Kinderbetreuung erhalten die in Artikel 76 § 2 desselben Erlasses festgelegte Jahrespauschale in Höhe von 67,71 Euro und zahlen diese den konventionierten Tagesmüttern, wie in Artikel 137 desselben Erlasses vorgesehen, ungeachtet der Organisation und Teilnahme an den Weiterbildungen aus.

Die anerkannten Zentren für Kinderbetreuung erhalten einen zusätzlichen Zuschuss für Personalkosten in Höhe von 1,5 Vollzeitäquivalentstellen für Kinderbetreuer. Für die Bezuschussung dieser Personalkosten findet der Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich Anwendung. Es werden nur die Kosten von Kinderbetreuern berücksichtigt, die über die in Artikel 88 § 5 des Erlasses zugelassenen Diplome verfügen.

**Art. 10** - Ungeachtet der Artikel 81 § 1 und 98 desselben Erlasses wird die Reservierungsgebühr nicht einbehalten, wenn die Erziehungsberechtigten ihr Kind aufgrund der Corona-Maßnahmen oder weil ihr Kind sich in einer angeordneten Quarantäne befindet nicht entsprechend der Vereinbarung zur Betreuung bringen.

**Art. 11** - Ungeachtet der Artikel 85 und 98 desselben Erlasses werden die Tage, an denen ein Kind aufgrund einer angeordneten Quarantäne nicht betreut wurde, als Anwesenheit gemäß dem im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstundenplan berücksichtigt.

**Art. 12** - Ungeachtet des Artikels 117 desselben Erlasses übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft vollständig das eventuelle, durch die Corona-Maßnahmen bedingte Defizit der Standorte der außerschulischen Betreuung.

**Art. 13** - Für die Anwendung des Artikels 123 § 1 Nummer 3 desselben Erlasses werden die aufgrund einer angeordneten Quarantäne abwesenden Kinder für die Berechnung der Mindestauslastung der konventionierten Tagesmütter als anwesende Kinder berücksichtigt.

**Art. 14** - Ungeachtet des Artikels 159 desselben Erlasses gewährt die Deutschsprachige Gemeinschaft den anerkannten Zentren für Kinderbetreuung einen Zuschuss:

1. zum vollständigen Ausgleich des belegbaren und durch die Corona-Maßnahmen bedingten Einnahmeausfalls der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten im Tagesmütterdienst, in den Kinderkrippen sowie in den Standorten der außerschulischen Betreuung;

2. zum vollständigen Ausgleich des belegbaren und durch die Corona-Maßnahmen bedingten Einnahmeausfalls der Kostenbeteiligung der Gemeinden im Tagesmütterdienst und in den Kinderkrippen.

**Art. 15** - Als annehmbare Personalkosten gemäß Artikel 1 § 4 des Erlasses der Regierung Nr. 4 vom 30. April 2020 zur Einführung einer Zuschussgarantie und einer Liquiditätssteigerung für Zuschussempfänger in Ausführung von Artikel 5.1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 gelten im Falle einer angeordneten Schließung der Betreuungseinrichtung und im Falle einer angeordneten Quarantäne einzelner Personalmitglieder sowohl die Lohnfortzahlung als auch die Ausgleichszahlung zur Arbeitslosenentschädigung bis zur Höhe des Lohnes. Ausgenommen ist der Teil der Personalkosten der Beschäftigten, die aufgrund einer ärztlichen Krankschreibung abwesend sind.

**Art. 16** - Die Deutschsprachige Gemeinschaft gewährt den anerkannten Zentren für Kinderbetreuung einen Zuschuss zur vollständigen Abdeckung der belegbaren Anschaffungskosten zur Umsetzung der erforderlichen Hygienemaßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus (COVID-19).

**Art. 17** - Die selbstständigen Tagesmütter erhalten die in Artikel 30 des Erlasses vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter vorgesehene Unkostenentschädigung in Höhe von 67,71 Euro ungeachtet der Teilnahme an den Weiterbildungen.

**Art. 18** - Der Minister gewährt auf Antrag die im vorliegenden Erlass genannten Zuschüsse nach vorheriger Prüfung durch den Fachbereich. Die Anträge auf Bezuschussung werden bei dem Fachbereich mit den gegebenenfalls erforderlichen Belegen eingereicht.

#### Kapitel 4 — *Schlussbestimmungen*

**Art. 19** - Der Erlass der Regierung vom 23. Dezember 2020 zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise im Bereich der Kinderbetreuung (III) ist aufgehoben.

**Art. 20** - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. März 2021 in Kraft.

Der Minister legt für die in den Artikeln 2 bis 18 vorgesehenen Abweichungen und Bestimmungen das Enddatum der jeweils zu berücksichtigenden Corona-Maßnahmen fest.

**Art. 21** - Der für die Kinderbetreuung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 4. März 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung  
L. KLINKENBERG

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2021/201302]

**4 MARS 2021. — Arrêté du Gouvernement visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants (IV)**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, l'article 12, alinéa 2;

Vu l'arrêté du Gouvernement n° 4 du 30 avril 2020 instaurant une garantie de subventionnement et une augmentation de liquidités pour les bénéficiaires de subventions en application de l'article 5.1 du décret de crise 2020 du 6 avril 2020, l'article 1<sup>er</sup>, § 4;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 23 décembre 2020 visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants (III);

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 23 février 2021;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 26 février 2021;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1<sup>er</sup>;

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que l'évolution actuelle de la pandémie de coronavirus et celle du nombre fortement élevé d'enfants et de familles se trouvant en quarantaine imposée, ainsi que les conséquences financières engendrées par les mesures d'urgence adoptées par l'autorité fédérale afin de contenir la propagation du coronavirus (COVID-19) entraînent une diminution significative de la présence d'enfants; que les structures d'accueil subissent une perte de recettes - provenant des participations aux frais - ou de subsides, ce qui peut avoir d'importantes répercussions sur la pérennité financière de ces structures et des (co-)accueillants autonomes, de sorte que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1<sup>er</sup>. — *Dispositions générales*

**Article 1<sup>er</sup>.** Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1° mesures « Corona » : les mesures d'urgence adoptées par l'autorité fédérale en vue de contenir la propagation du coronavirus (COVID-19);

2° département : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de Famille;

3° Ministre : le ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants.

Chapitre 2. — *Indemnité compensatoire de perte de revenus*

**Art. 2.** § 1<sup>er</sup> - Nonobstant toute disposition contraire de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les services d'accueillants d'enfants agréés conformément audit arrêté reçoivent une indemnité compensatoire de perte de revenus destinée aux accueillants d'enfants conventionnés affiliés à un service.

Pour chaque accueillant d'enfants conventionné, l'indemnité compensatoire de perte de revenus s'élève à maximum 17,50 euros par jour et par enfant absent un jour de garde réservé d'au moins cinq heures. Les accueillants d'enfants reçoivent :

- 60 % de ce montant pour les jours de garde d'au moins trois heures, mais de moins de cinq;

- 40 % de ce montant pour les jours de garde de moins de trois heures.

L'indemnité compensatoire de perte de revenus mentionnée à l'alinéa 2 n'est pas payée aux accueillants d'enfants conventionnés qui cessent leurs activités volontairement ou sur la base d'un certificat médical, à l'exception de la période de quarantaine imposée.

§ 2 - Pour percevoir l'indemnité mentionnée au § 1<sup>er</sup>, les services d'accueillants d'enfants maintiennent tous les accueillants en service de garde et ne recourent à aucun système par lequel ils ne doivent pas, temporairement, indemniser les accueillants d'enfants pendant la période de validité des mesures « Corona ».

Cette condition ne vaut pas lorsque le service d'accueillants peut prouver que l'accueil d'enfants ne peut être poursuivi auprès de l'accueillant d'enfants conventionné pour cas de force majeure.

§ 3 - En introduisant la demande en vue d'obtenir l'indemnité compensatoire de perte de revenus mentionnée au § 1<sup>er</sup>, le service d'accueillants d'enfants ne porte pas en compte, pour la période correspondante, la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation. Si, malgré tout, les personnes chargées de l'éducation ont payé la participation aux frais, le service d'accueillants d'enfants leur rembourse le montant réglé.

**Art. 3.** § 1<sup>er</sup> - Nonobstant toute disposition contraire de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, les accueillants autonomes agréés conformément audit arrêté, qui ne paient aucune cotisation de sécurité sociale, reçoivent une indemnité compensatoire de perte de revenus qui s'élève à maximum 19 euros par jour et par enfant absent un jour de garde réservé d'au moins cinq heures. Les accueillants d'enfants reçoivent :

- 60 % de ce montant pour les jours de garde d'au moins trois heures, mais de moins de cinq;

- 40 % de ce montant pour les jours de garde de moins de trois heures.

Nonobstant toute disposition contraire du même arrêté, les accueillants autonomes agréés conformément audit arrêté qui exercent cette activité à titre principal et payent des cotisations de sécurité sociale reçoivent une indemnité compensatoire de perte de revenus qui s'élève à 80 % de la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation, et ce, par jour et par enfant absent un jour de garde réservé.

§ 2 - Nonobstant toute disposition contraire du même arrêté, les co-accueillants autonomes agréés conformément audit arrêté qui ne paient aucune cotisation de sécurité sociale reçoivent une indemnité compensatoire de perte de revenus qui s'élève à maximum 19 euros par jour et par enfant absent un jour de garde réservé d'au moins cinq heures. Les co-accueillants d'enfants reçoivent :

- 60 % de ce montant pour les jours de garde d'au moins trois heures, mais de moins de cinq;
- 40 % de ce montant pour les jours de garde de moins de trois heures.

Nonobstant toute disposition contraire du même arrêté, les co-accueillants autonomes agréés conformément audit arrêté qui exercent cette activité à titre principal et payent des cotisations de sécurité sociale reçoivent une indemnité compensatoire de perte de revenus qui s'élève à 90 % de la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation, et ce, par jour et par enfant absent un jour de garde réservé.

§ 3 - L'indemnité compensatoire de perte de revenus mentionnée aux § § 1<sup>er</sup> et 2 n'est pas payée aux (co-)accueillants d'enfants autonomes qui cessent leurs activités volontairement ou sur la base d'un certificat médical, à l'exception de la période de quarantaine imposée.

§ 4 - Pour percevoir l'indemnité fixée aux § § 1<sup>er</sup> et 2, les (co-)accueillants autonomes maintiennent leur prestation et ne recourent à aucun système leur imposant de l'arrêter.

Cette condition ne vaut pas lorsque l'accueillant ou le co-accueillant autonome peut prouver que l'accueil d'enfants ne peut être poursuivi pour cas de force majeure.

§ 5 - En introduisant la demande en vue d'obtenir l'indemnité compensatoire de perte de revenus mentionnée aux § § 1<sup>er</sup> et 2, les (co-)accueillants d'enfants autonomes ne portent pas en compte, pour la période correspondante, la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation. Si, malgré tout, les personnes chargées de l'éducation ont payé la participation aux frais, l'accueillant ou le co-accueillant d'enfants autonome leur rembourse le montant réglé.

**Art. 4.** § 1<sup>er</sup> - Nonobstant toute disposition contraire d'une convention approuvée en vertu de l'article 202 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les maisons d'accueillants d'enfants agréées dans le cadre d'une telle convention reçoivent une indemnité correspondant à la perte de revenus réelle due à l'absence des enfants les journées d'accueil réservées. La perte de revenus est calculée sur la base de la participation aux frais payée par les personnes chargées de l'éducation, prévue par la maison d'accueillants d'enfants au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté.

L'indemnité fixée au premier alinéa n'est pas payée à la maison d'accueillants d'enfants lorsque le pouvoir organisateur cesse volontairement ses activités, à l'exception de la période de quarantaine imposée ou, selon le cas, de fermeture.

§ 2 - Pour percevoir l'indemnité fixée au § 1<sup>er</sup>, les maisons d'accueillants d'enfants maintiennent leur prestation et ne recourent à aucun système leur imposant de l'arrêter.

Cette condition ne vaut pas lorsque le pouvoir organisateur peut prouver que l'accueil d'enfants ne peut être poursuivi pour cas de force majeure.

§ 3 - En introduisant la demande en vue d'obtenir l'indemnité compensatoire de perte de revenus mentionnée au § 1<sup>er</sup>, les maisons d'accueillants d'enfants ne portent pas en compte, pour la période correspondante, la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation. Si, malgré tout, les personnes chargées de l'éducation ont payé la participation aux frais, le pouvoir organisateur leur rembourse le montant réglé.

**Art. 5.** La demande pour les indemnités compensatoires de perte de revenus fixées aux articles 2 à 4 est introduite auprès du département au plus tard six mois après la fin des mesures « Corona » et mentionne :

- 1° l'identité du demandeur et son numéro de compte;
- 2° le nombre de jours d'absence et leur durée;
- 3° la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation, pour percevoir l'indemnité prévue à l'article 3, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, et § 2, alinéa 2;
- 4° les pertes de recettes dues au nombre d'enfants absents, pour percevoir l'indemnité prévue à l'article 4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>.

Le Ministre statue sur la demande en se basant sur l'avis remis par le département.

#### Chapitre 3. — Mesures diverses

**Art. 6.** Nonobstant les articles 62, 88, 92, 110 et 115 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les services d'accueil d'enfants engagent des gardes d'enfants ainsi que du personnel sociopédagogique spécialisé selon les besoins effectifs en termes d'accueil.

Afin d'appuyer le personnel d'accueil au sein des crèches, des lieux d'accueil extrascolaire ainsi que des lieux d'accueil pendant les vacances, les centres d'accueil agréés peuvent engager des étudiants dans le cadre d'un contrat d'occupation d'étudiant; ces étudiants seront placés sous la surveillance dudit personnel d'accueil qualifié.

**Art. 7.** Les normes minimales relatives aux heures d'ouverture et aux jours de travail par année calendrier mentionnées aux articles 64, 89 et 111 du même arrêté ne s'appliquent pas aux prestataires d'accueil d'enfants agréés.

**Art. 8.** Pour l'application de l'article 71 du même arrêté, les enfants absents en raison d'une quarantaine imposée sont considérés comme étant présents pour calculer les normes minimales relatives aux journées d'accueil pour les jeunes enfants ainsi que pour calculer l'occupation minimale.

Pour l'application des articles 72 à 74, 91 à 93 et 116.1 du même arrêté, les enfants absents en raison d'une quarantaine imposée sont considérés comme étant présents pour calculer les journées d'accueil conformément au plan d'accueil prévu dans le contrat d'accueil.

Pour l'application des articles 114, § 1<sup>er</sup>, 2°, 155, alinéa 4, ainsi que 193 du même arrêté, les enfants absents en raison d'une quarantaine imposée sont considérés comme étant présents pour calculer la présence minimale moyenne.

**Art. 9.** Les centres d'accueil agréés obtiennent le forfait annuel fixé à l'article 76, § 2, du même arrêté - s'élevant à 67,71 euros - et le paient aux accueillants d'enfants conventionnés, comme ce qui est prévu à l'article 137 du même arrêté, indépendamment de l'organisation et de la participation à des formations continues.

Les centres d'accueil agréés obtiennent un subside supplémentaire pour des frais de personnel relatifs à des gardes d'enfants; ce subside représente 1,5 ETP. L'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé ne s'applique pas au subventionnement de ces frais relatifs au personnel. Seuls les frais relatifs aux gardes d'enfants titulaires des diplômes admis dans l'article 88, § 5, de l'arrêté sont pris en considération.

**Art. 10.** Nonobstant les articles 81, § 1<sup>er</sup>, et 98 du même arrêté, le droit de réservation n'est pas retenu si, en raison des mesures « Corona » ou si leur enfant se trouve en quarantaine imposée, les personnes chargées de l'éducation ne le confient pas à un service d'accueil conformément au contrat d'accueil.

**Art. 11.** Nonobstant les articles 85 et 98 du même arrêté, les jours pendant lesquels les enfants n'ont pas été gardés en raison d'une quarantaine imposée sont considérés comme des absences conformément à l'horaire d'accueil prévu dans le contrat d'accueil.

**Art. 12.** Nonobstant l'article 117 du même arrêté, la Communauté germanophone prend en charge la totalité de l'éventuel déficit subi par les lieux d'accueil extrascolaire en raison des mesures « Corona ».

**Art. 13.** Pour l'application de l'article 123, § 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>, du même arrêté, les enfants absents en raison d'une quarantaine imposée sont considérés comme étant présents pour calculer l'occupation minimale des accueillants d'enfants conventionnés.

**Art. 14.** Nonobstant l'article 159 du même arrêté, la Communauté germanophone octroie aux centres agréés pour l'accueil d'enfants une subvention :

1<sup>o</sup> destinée à compenser intégralement la perte de recettes enregistrée au niveau de la participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation dans les services d'accueillants d'enfants, les crèches ainsi que les lieux d'accueil extrascolaire, si cette perte est due aux mesures « Corona » et justifiable;

2<sup>o</sup> destinée à compenser intégralement la perte de recettes enregistrée au niveau de la participation aux frais supportée par les communes dans les services d'accueillants d'enfants et les crèches, si cette perte est due aux mesures « Corona » et justifiable.

**Art. 15.** En cas de fermeture imposée de la structure d'accueil ou de quarantaine imposée à des membres du personnel, tant le maintien du salaire que le paiement d'un complément à l'allocation de chômage jusqu'au montant du salaire sont considérés comme frais admissibles relatifs au personnel, conformément à l'article 1<sup>er</sup>, § 4, de l'arrêté du Gouvernement n<sup>o</sup> 4 du 30 avril 2020 instaurant une garantie de subventionnement et une augmentation de liquidités pour les bénéficiaires de subventions en application de l'article 5.1 du décret de crise 2020 du 6 avril 2020. En est toutefois exclue la part des frais de personnel des personnes occupées qui sont absentes sous le couvert d'un certificat médical.

**Art. 16.** La Communauté germanophone octroie aux centres d'accueil agréés un subside pour couvrir intégralement les frais d'achat justifiables engagés pour la mise en œuvre des mesures d'hygiène nécessaires à la lutte contre la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID 19).

**Art. 17.** Les accueillants autonomes obtiennent l'indemnisation de 67,71 euros prévue à l'article 30 de l'arrêté du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, indépendamment de leur participation à des formations continues.

**Art. 18.** Sur demande, le Ministre octroie les subventions énumérées dans le présent arrêté après un examen préalable par le département. Les demandes de subsides sont introduites auprès du département, accompagnées des justificatifs éventuellement requis.

#### Chapitre 4. — Dispositions finales

**Art. 19.** L'arrêté du Gouvernement du 23 décembre 2020 visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants (III) est abrogé.

**Art. 20.** Le présent arrêté produit ses effets le 1<sup>er</sup> mars 2021.

Pour les dérogations et dispositions prévues aux articles 2 à 18, le Ministre fixe la date de fin des différentes mesures « Corona » à prendre en compte.

**Art. 21.** Le Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 4 mars 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,  
O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation et  
de la Recherche scientifique,  
L. KLINKENBERG

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2021/201302]

4 MAART 2021. — Besluit van de Regering tot beperking  
van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang (IV)

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 12, tweede lid;

Gelet op het besluit van de Regering nr. 4 tot invoering van een subsidiegarantie en een liquiditeitsverhoging voor subsidieontvangers ter uitvoering van artikel 5.1 van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020, artikel 1, § 4;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders;

Gelet op het besluit van de Regering van 23 december 2020 tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang (III);

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 23 februari 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 26 februari 2021;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid gewettigd wordt door het feit dat de huidige ontwikkeling van de coronapandemie en van het sterk toegenomen aantal kinderen en gezinnen in opgelegde quarantaine, alsook de financiële gevolgen van de noodmaatregelen die de federale overheid heeft genomen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) tegen te gaan en die leiden tot een aanzienlijke daling van de aanwezigheid van kinderen, betekenen dat de kinderopvangstructuren inkomsten uit de kostenbijdragen verliezen of minder subsidies ontvangen, wat een aanzienlijke impact kan hebben op het financieel zekere voortbestaan van de kinderopvangstructuren en de zelfstandige (mede)onthaalouders; dat dit besluit dus zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Op de voordracht van de minister die bevoegd is voor de kinderopvang;

Na beraadslaging,

Besluit :

#### Hoofdstuk 1. — Algemene bepalingen

**Artikel 1.** Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1° coronamaatregelen: de dringende maatregelen die de federale overheid heeft genomen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) te beperken;

2° departement: het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Gezin;

3° Minister: de minister die bevoegd is voor de kinderopvang.

#### Hoofdstuk 2. — Compensatie voor inkomensverlies

**Art. 2.** Ongeacht alle andersluidende bepalingen van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang, ontvangen de diensten voor onthaalouders die overeenkomstig datzelfde besluit erkend zijn, een compensatie voor inkomensverlies die bestemd is voor de bij de dienst aangesloten onthaalouders.

De compensatie voor inkomensverlies bedraagt voor elke aangesloten onthaalouder hoogstens 17,50 euro per dag per kind per afwezigheidsdag op een gereserveerde opvangdag die minstens vijf uur duurt. De onthaalouders ontvangen:

- 60 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan vijf uur en minstens drie uur duren;
- 40 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan drie uur duren.

De compensatie voor inkomensverlies bepaald in het tweede lid wordt niet betaald aan aangesloten onthaalouders die hun activiteit vrijwillig of op basis van een door een arts uitgereikt ziekteattest stopzetten, met uitzondering van de periode van een opgelegde quarantaine.

§ 2 - Om de in § 1 bepaalde compensatie te ontvangen, houden de diensten voor onthaalouders alle onthaalouders actief en activeren ze geen enkel systeem waarbij hun medewerkers tijdelijk niet vergoed hoeven te worden tijdens de periode dat de coronamaatregelen gelden.

Die voorwaarde is niet van toepassing als de dienst voor onthaalouders kan aantonen dat de aangesloten onthaalouder zijn kinderopvang door overmacht niet kan voortzetten.

§ 3 - Met de aanvraag voor het verkrijgen van de compensatie voor inkomensverlies vermeld in § 1 stelt de dienst voor onthaalouders de contractueel overeengekomen bijdrage in de kosten niet in rekening van de personen belast met de opvoeding voor de betrokken periode. Indien de personen belast met de opvoeding de bijdrage in de kosten toch betaald hebben, betaalt de dienst voor onthaalouders het betaalde bedrag terug aan de personen belast met de opvoeding.

**Art. 3.** § 1 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders ontvangen de zelfstandige onthaalouders die overeenkomstig datzelfde besluit erkend zijn en geen socialezekerheidsbijdragen betalen, een compensatie voor inkomensverlies van hoogstens 19 euro per dag per kind per afwezigheidsdag op een gereserveerde opvangdag die minstens vijf uur duurt. De onthaalouders ontvangen:

- 60 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan vijf uur en minstens drie uur duren;
- 40 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan drie uur duren.

Ongeacht alle andersluidende bepalingen van hetzelfde besluit ontvangen de zelfstandige onthaalouders die overeenkomstig datzelfde besluit zijn erkend en die deze activiteit in hoofdberoep uitoefenen en socialezekerheidsbijdragen betalen, een compensatie voor inkomensverlies die gelijk is aan 80 % van de contractueel vastgelegde kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding per kind per dag afwezigheid op een gereserveerde opvangdag.

§ 2 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen van hetzelfde besluit ontvangen de zelfstandige mede-onthaalouders die overeenkomstig datzelfde besluit erkend zijn en geen socialezekerheidsbijdragen betalen, een compensatie voor inkomensverlies van hoogstens 19 euro per dag per kind per afwezigheidsdag op een gereserveerde opvangdag die minstens vijf uur duurt. De mede-onthaalouders ontvangen:

- 60 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan vijf uur en minstens drie uur duren;
- 40 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan drie uur duren.

Ongeacht alle andersluidende bepalingen van hetzelfde besluit ontvangen de mede-onthaalouders die overeenkomstig datzelfde besluit zijn erkend en die deze activiteit in hoofdberoep uitoefenen en socialezekerheidsbijdragen betalen, een compensatie voor inkomensverlies die gelijk is aan 90 % van de contractueel vastgelegde kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding per dag per kind per dag afwezigheid op een gereserveerde opvangdag.

§ 3 - De compensatie voor inkomensverlies bepaald in de §§ 1 en 2 wordt niet betaald aan zelfstandige (mede-)onthaalouders die hun activiteit vrijwillig of op basis van een door een arts uitgereikt ziekteattest stopzetten, met uitzondering van de periode van een opgelegde quarantaine.

§ 4 - Om de compensatie bepaald in de § § 1 en 2 te ontvangen, zijn de zelfstandige (mede-)onthaalouders beschikbaar om hun dienstverlening voort te zetten en activeren ze geen systeem waarbij ze hun dienstverlening moeten stopzetten.

Die voorwaarde is niet van toepassing als de zelfstandige (mede-)onthaalouder kan aantonen dat hij de kinderopvang door overmacht niet kan voortzetten.

§ 5 - Met de aanvraag voor het verkrijgen van de compensatie voor inkomensverlies vermeld in § § 1 en 2 stellen de zelfstandige (mede-)onthaalouders de contractueel overeengekomen bijdrage in de kosten niet in rekening van de personen belast met de opvoeding voor de betrokken periode. Indien de personen belast met de opvoeding de bijdrage in de kosten toch betaald hebben, betaalt de zelfstandige (mede-)onthaalouder het betaalde bedrag terug aan de personen belast met de opvoeding.

**Art. 4.** § 1 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen van een overeenkomst die werd goedgekeurd krachtens artikel 202 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang ontvangen de erkende onthaalouderhuizen die in het kader van een dergelijke overeenkomst erkend zijn, een compensatie die overeenstemt met het werkelijke inkomensverlies naar aanleiding van de afwezigheid van de kinderen op de gereserveerde opvangdagen. Het inkomensverlies wordt berekend op basis van de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding die op de datum van inwerkingtreding van dit besluit in het onthaalouderhuis van toepassing is.

De compensatie bepaald in het eerste lid wordt niet betaald aan het onthaalouderhuis, als de organiserende instantie de activiteit van het onthaalouderhuis vrijwillig stopzet, met uitzondering van de periode van een opgelegde quarantaine of bevolen sluiting.

§ 2 - Om de compensatie bepaald in § 1 te ontvangen, zijn de onthaalouderhuizen beschikbaar om hun dienstverlening voort te zetten en activeren ze geen systeem waarbij ze hun dienstverlening moeten stopzetten.

Die voorwaarde is niet van toepassing als de organiserende instantie kan aantonen dat de kinderopvang door overmacht niet kan worden voortgezet.

§ 3 - Met de aanvraag voor het verkrijgen van de compensatie voor inkomensverlies vermeld in § 1 stellen de onthaalouderhuizen de contractueel overeengekomen bijdrage in de kosten niet in rekening van de personen belast met de opvoeding voor de betrokken periode. Indien de personen belast met de opvoeding de bijdrage in de kosten toch betaald hebben, betaalt de organiserende instantie het betaalde bedrag terug aan de personen belast met de opvoeding.

**Art. 5.** De aanvraag van de compensaties voor inkomensverlies bepaald in de artikelen 2 tot 4 wordt uiterlijk zes maanden na afloop van de coronamaatregelen ingediend bij het departement met vermelding van de volgende gegevens:

1° de identiteit en het rekeningnummer van de aanvrager;

2° het aantal en de duur van de afwezigheidsdagen;

3° de contractueel vastgelegde kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding, teneinde de compensatie vermeld in artikel 3, § 1, tweede lid, en § 2, tweede lid, te ontvangen;

4° het bedrag van het inkomstenverlies dat voortvloeit uit het aantal afwezige kinderen, teneinde de compensatie vermeld in artikel 4, § 1, eerste lid, te ontvangen.

De Minister beslist over de aanvraag op basis van een standpuntbepaling van het departement.

### Hoofdstuk 3. — *Diverse maatregelen*

**Art. 6.** Ongeacht de artikelen 62, 88, 92, 110 en 115 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang zetten de diensten voor kinderopvang de kinderbegeleiders en het sociaal-pedagogisch geschoold personeel in op basis van de werkelijke opvangbehoefte.

Ter ondersteuning van het begeleidend personeel in de crèches, locaties voor buitenschoolse opvang en vakantieopvang kunnen de erkende centra voor kinderopvang studenten aannemen in het kader van een studentenovereenkomst, onder toezicht van het opgeleide begeleidend personeel.

**Art. 7.** De minimumvoorwaarden voor de openingstijden en werkdagen per kalenderjaar vermeld in de artikelen 64, 89 en 111 van hetzelfde besluit gelden niet voor de erkende dienstverrichters in de kinderopvang.

**Art. 8.** Voor de toepassing van artikel 71 van hetzelfde besluit worden de kinderen die wegens een opgelegde quarantaine afwezig zijn, als aanwezige kinderen beschouwd voor de berekening van het minimale aantal opvangdagen voor baby's en peuters, alsook voor de berekening van de minimale bezettingsgraad.

Voor de toepassing van de artikelen 72 tot 74, van de artikelen 91 tot 93 en van artikel 116.1 van hetzelfde besluit worden de kinderen die wegens een opgelegde quarantaine afwezig zijn, als aanwezige kinderen beschouwd voor de berekening van de opvangdagen overeenkomstig het opvangplan vastgelegd in het opvangcontract.

Voor de toepassing van artikel 114, § 1, 2°, van artikel 155, vierde lid, en van artikel 193 van hetzelfde besluit worden de kinderen die wegens een opgelegde quarantaine afwezig zijn, als aanwezige kinderen beschouwd voor de berekening van de gemiddelde minimumaanwezigheid.

**Art. 9.** De erkende centra voor kinderopvang ontvangen het jaarlijks forfaitair bedrag van 67,71 euro bepaald in artikel 76, § 2, van hetzelfde besluit en betalen dat bedrag aan de aangesloten onthaalouders, zoals bepaald in artikel 137 van hetzelfde besluit, ongeacht of voortgezette opleidingen werden georganiseerd of daaraan werd deelgenomen.

De erkende centra voor kinderopvang ontvangen een aanvullende subsidie voor personeelskosten ten belope van 1,5 VTE-betrekkingen voor kinderbegeleiders. Voor de subsidiëring van die personeelskosten wordt het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" toegepast. Alleen de kosten van kinderbegeleiders die houder zijn van de diploma's die luidens artikel 88, § 5, zijn toegestaan, worden in aanmerking genomen.



**Art. 10.** Ongeacht artikel 81, § 1, en artikel 98 van hetzelfde besluit wordt geen reservatiegeld ingehouden als de personen belast met de opvoeding, op grond van de coronamaatregelen of op grond van een aan het kind opgelegde quarantaine, hun kind niet zoals overeengekomen naar de opvang brengen.

**Art. 11.** Ongeacht artikel 85 en artikel 98 van hetzelfde besluit worden de dagen waarop een kind wegens een opgelegde quarantaine niet opgevangen werd, beschouwd als aanwezigheid overeenkomstig het opvangrooster vastgelegd in het opvangcontract.

**Art. 12.** Ongeacht artikel 117 van hetzelfde besluit neemt de Duitstalige Gemeenschap het tekort dat door de coronamaatregelen eventueel bij de locaties voor buitenschoolse opvang zou ontstaan volledig voor haar rekening.

**Art. 13.** Voor de toepassing van artikel 123, § 1, 3°, van hetzelfde besluit worden de kinderen die wegens een opgelegde quarantaine afwezig zijn, als aanwezige kinderen beschouwd voor de berekening van de minimale bezettingsgraad bij de aangesloten onthaalouders.

**Art. 14.** Ongeacht artikel 159 van hetzelfde besluit kent de Duitstalige Gemeenschap aan de erkende centra voor kinderopvang een subsidie toe:

1° ter volledige compensatie van het bewijsbare en door de coronamaatregelen veroorzaakte verlies aan inkomsten uit de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding in de dienst voor onthaalouders, in de crèches en in de locaties voor buitenschoolse opvang;

1° ter volledige compensatie van het bewijsbare en door de coronamaatregelen veroorzaakte verlies aan inkomsten uit de kostenbijdrage van de gemeenten in de dienst voor onthaalouders en in de crèches.

**Art. 15.** Als de opvang moet sluiten en als individuele personeelsleden in quarantaine moeten gaan, worden zowel de verdere uitbetaling van het loon als de vergoeding voor werkloosheidsuitkeringen tot het bedrag van het loon beschouwd als aanneembare personeelskosten in de zin van artikel 1, § 4, van het besluit van de Regering nr. 4 van 30 april 2020 tot invoering van een subsidiegarantie en een liquiditeitsverhoging voor subsidieontvangers ter uitvoering van artikel 5.1 van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020. Uitgesloten daarvan is het deel van de personeelskosten dat betrekking heeft op werknemers die afwezig zijn op grond van een door een arts uitgereikt ziekteattest.

**Art. 16.** De Duitstalige Gemeenschap kent aan de erkende centra voor kinderopvang een subsidie toe die alle bewijsbare aanschaffingskosten dekt voor de uitvoering van de hygiënemaatregelen die vereist worden om het coronavirus (COVID-19) te bestrijden.

**Art. 17.** De zelfstandige onthaalouders ontvangen de kostenvergoeding ten belope van 67,71 euro bepaald in artikel 30 van het besluit van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders, ongeacht of ze aan de voortgezette opleidingen hebben deelgenomen.

**Art. 18.** De Minister kent de subsidies vermeld in dit besluit toe op aanvraag, na voorafgaand onderzoek door het departement. De subsidieaanvragen worden bij het departement ingediend, samen met de eventueel noodzakelijke bewijzen.

#### Hoofdstuk 4. — Slotbepalingen

**Art. 19.** het besluit van de Regering van 23 december 2020 tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang (III) wordt opgeheven.

**Art. 20.** Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 maart 2021.

De Minister bepaalt de einddatum van de coronamaatregelen die in aanmerking moeten worden genomen voor de afwijkingen en bepalingen vermeld in de artikelen 2 tot 18.

**Art. 21.** De minister die bevoegd is voor de kinderopvang is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 4 maart 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën,  
O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,  
L. KLINKENBERG

#### MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/201303]

#### 11. FEBRUAR 2021 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 17. Dezember 2009 zur Festlegung der Eigenbeteiligung in den Einrichtungen und Diensten der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, Artikel 10 Nummer 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 17. Dezember 2009 zur Festlegung der Eigenbeteiligung in den Einrichtungen und Diensten der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung;

Aufgrund des Vorschlags des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vom 10. Juli 2020;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 23. Oktober 2020;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt vom 26. Oktober 2020;